



Friedenskundgebung zum Ukraine-Konflikt:

Entspannungspolitik jetzt! Krieg ist keine Lösung!

Wir werden zurzeit Zeugen einer Propaganda, die uns glauben machen will, dass eine russische Invasion in der Ukraine kurz bevorsteht. Glaubt man der Bundesregierung und den Leitmedien, so ist allein Russland an der gefährlichen militärischen Zuspitzung an der Grenze zwischen Russland und der Ukraine schuld. Die Stationierung russischer Truppen im Hinterland ihrer Grenze zur südöstlichen Ukraine (Donezk, Lugansk) wird als Zeichen für einen bevorstehenden Angriff auf die gesamte Ukraine gewertet. Dass die Regierung in Kiew selbst eine gewaltsame Lösung des Sezessionsproblems mit den Volksrepubliken Donezk und Lugansk im Südosten anstrebt und mehr als 100.000 Soldaten an der Demarkationslinie konzentriert hat, wird in der aufgeregten Berichterstattung verschwiegen. Dies aber wäre nicht nur der endgültige Bruch des im Februar 2015 vereinbarten Minsk-II-Abkommens, sondern stellt die „Rote Linie“ dar, deren Überschreitung Reaktionen Russlands nach sich ziehen würde.

Minsker Abkommen (Minsk II)

Im Minsker Abkommen (Minsk II), das vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in der Resolution 2202 (2015) einstimmig bestätigt wurde, haben die obersten Repräsentanten Frankreichs, Deutschlands, der Ukraine und Russlands u. a. vereinbart,

- nach dem Abzug der Waffen Gespräche über Wahlen in Donezk und Lugansk bezüglich des künftigen Status der beiden Regionen zu beginnen,
- bis Ende 2015 eine neue ukrainische Verfassung auszuarbeiten, die – abgestimmt mit Donezk und Lugansk – eine Dezentralisierung des Landes ermöglichen soll,
- danach Wahlen unter Aufsicht der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) durchzuführen,
- und dass am Ende dieses Prozesses die Ukraine die vollständige Kontrolle über die Grenze zu Russland übernehmen soll.

Wäre Minsk II umgesetzt worden, gäbe es diese Eskalation heute nicht. Allerdings haben sich die ukrainischen Regierungen seit Abschluss dieses Abkommens geweigert, sich mit den Vertretern von Donezk und Lugansk an einen Tisch zu setzen. Während Kiew damit

**Kundgebung Samstag, 5. Februar
14 Uhr, Rathausmarkt**



das Abkommen boykottiert, pocht Russland auf seine Umsetzung. Nur so ist die aktuelle Lage, sind die Andeutungen der russischen Seite zu verstehen.

Die seit langem betriebene Politik der EU, die Ukraine mit einem Assoziierungsabkommen an sich zu binden und gleichzeitig deren Verbindungen zu Russland zu kappen, hat ebenfalls zur Eskalation beigetragen.

Wenn ein Krieg in der Ukraine, der sich leicht auf Mitteleuropa, ja auf die ganze Welt ausdehnen kann und sogar die Gefahr eines Einsatzes von Atomwaffen in sich birgt, verhindert werden soll, muss auch die Regierung der Ukraine an den Verhandlungstisch zurückkommen. Das erreicht man jedoch nicht durch Waffenlieferungen und die immer enge Anbindung des Landes an die NATO. Im Gegenteil kann die ukrainische Regierung nur durch diplomatisch-politischen Druck der USA und der EU, also auch Deutschlands, dazu bewegt werden, sich auf die Erfüllung des Minsker Vertrages einzulassen.

Neben der Einhaltung des Minsker Abkommens geht es Russland grundsätzlich auch um die intensiviertere Anbindung der Ukraine an die NATO und das damit verbundene Vorrücken der NATO an die russische Westgrenze. Dies steht im Widerspruch zur Zusicherung, die dem damaligen Staatspräsidenten der UdSSR, Gorbatschow, im Rahmen der Gespräche über die Wiedervereinigung Deutschlands gegeben wurde, die NATO nicht nach Osten zu erweitern. Durch Truppen und Raketen in Grenznähe minimieren sich im Konfliktfall für die russische Seite die Vorwarnzeiten, sodass sie dieses Vorrücken als äußerst bedrohlich wahrnehmen muss.

Dieser bestehende Konflikt darf und kann nur mit friedlichen Mitteln gelöst werden, durch ernsthafte Gespräche auf Augenhöhe unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Beteiligten. Dabei geht es nicht um den russischen Präsidenten Putin, wie man uns weismachen will. Ganz gleich, wie wir zu seiner Innen- oder Außenpolitik im Einzelnen stehen: Uns geht es um den Frieden in Europa, um unsere Grundüberzeugung, dass Konflikte zwischen Staaten ausschließlich auf der Basis gegenseitigen Respekts durch Gespräche und tragfähige Übereinkünfte zu lösen sind, nicht durch Drohungen, Sanktionen und Säbelrasseln.

Krieg darf als Option nicht herbeigeredet werden! Wir fordern von der Bundesregierung, ihre Politik an dem Willen der Mehrheit unserer Bevölkerung zu orientieren, die Frieden und einen Ausgleich mit Russland will:

- **Wiederaufnahme der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und Schaffung eines Systems gemeinsamer Sicherheit in Europa unter Einschluss Russlands!**
- **Aktive Diplomatie für die Einhaltung des Minsker Abkommens durch die Ukraine!**
- **Schluss mit den permanenten Sanktionsdrohungen gegen Russland!**
- **Keine Waffenlieferungen an die ukrainische Regierung!**
- **Keine aggressiven Militärmanöver in Osteuropa!**
- **Abrüsten statt aufrüsten!**